

Die Finanzkrise - Signal einer ökonomischen Zeitenwende

1989 markierte mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems eine Wende. Viele glaubten, damit sei die Vorherrschaft des kapitalistischen Wirtschaftssystems für alle Zeiten gesichert. Aber die aktuelle Finanzkrise bedeutet nicht nur den Kollaps der neoliberalen Ideologie und des ungezügelten "Casinokapitalismus", sondern ist Ausdruck einer tiefen Krise des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems. Auch liberale Kommentatoren sprechen von einer Zeitenwende. Vieles spricht in der Tat dafür, dass ein ökonomisches Zeitalter zu Ende geht und eine Periode anbricht, die eine völlige Neuorientierung verlangt. Gefordert wird eine neue Weltwirtschaftsordnung, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen gerechter wird als die bisherige.

Von der industriellen Revolution zur Informationsgesellschaft

Vor rund 80 Jahren hat der russische Ökonom Kondratieff die Theorie der "langen Wellen" begründet. Er legte dar, dass es im industriellen Zeitalter kürzere Konjunkturzyklen von einigen Jahren überlagert werden von längeren Wellen, die 40 bis 60 Jahre dauern können. Neue Technologien und effizientere Produktionsmethoden ermöglichen einen anhaltenden Wirtschaftsaufschwung, erschöpfen sich aber mit der Zeit und münden in einen Abstieg, bis neue Faktoren einen neuen Aufschwung ermöglichen.

Das industrielle Zeitalter begann mit der Dampfmaschine, setzte sich mit Elektrizität und Eisenbahnen, später mit der Entwicklung von Stahl- und Chemieindustrie und mit der Automatisierung der industriellen Produktion fort. Vor etwa 30 Jahren brach das Informationszeitalter an, das mit Computer und Internet einen neuen ungeahnten Aufschwung ermöglichte. Damit rückten die Länder dieser Welt eng zusammen, es setzte eine Globalisierung der Wirtschaft ein, welche eine ungeheure Kapitalkonzentration in der Hand weniger global agierender Weltkonzerne förderte und nationale Mechanismen der Wirtschaftspolitik weitgehend ausser Kraft setzte.

Das Ende des spekulativen Wachstums

Seit Beginn des neuen Jahrhunderts haben aber mehrere Krisen die Weltwirtschaft tangiert. Die erste war ein Anzeichen dafür, dass das Wachstum der Internetgesellschaft nicht mehr unbegrenzt ist. Die spekulative Ueberschätzung dieser Möglichkeiten endete in einem Börsencrash, dem Platzen der "Dotcom-Blase". Heute zeigt sich am riesigen Ausmass der Finanzkrise, dass das Wachstum der letzten 25 bis 30 Jahre zu einem grossen Teil spekulativen Charakter hatte. Es ist ein globaler Finanzmarkt entstanden, der nicht mehr industrielle Werte oder Dienstleistungen schafft, sondern rein spekulativ Hoffnungen auf künftige Gewinne antizipiert und durch die Verschiebung gewaltiger Geldsummen kurzfristige Gewinne an der Börse erzielt. Dass diese Gewinne von der "realen Wirtschaft" erarbeitet werden müssen, dass wir alle als Konsumenten, Mieter und Steuerzahler die Rechnung bezahlen - das wird jetzt nach dem Kollaps dieses "Casinokapitalismus" für jedermann offensichtlich.

Aber statt einer Rückbesinnung auf die Grenzen eines realen Wirtschaftswachstums ging die neoliberale Politik der schrankenlosen Deregulierung, der Beseitigung sozialer Ausgleichsmechanismen und der Umverteilung zugunsten der Reichen weiter. Auch heute herrscht im Bürgertum noch die Illusion vor, man könne nach einer Phase der Stabilisierung zu den alten Gewohnheiten zurückkehren.

Aber in Wirklichkeit spricht vieles dafür, dass heute mehrere Faktoren zusammentreffen, die zur grundlegenden Krise der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung geführt haben und die auch eine längere Phase der Depression auslösen könnten, wenn nicht grundlegende Reformen der globalen Wirtschaftsordnung die Basis für einen Wiederaufschwung schaffen.

Weitere globale Krisen stehen vor der Tür

Das Platzen der Internetblase und nun der spekulativen Finanzblasen rund um die Welt wird begleitet von weiteren globalen Krisen. In den letzten Monaten sind die Preise wichtiger Rohstoffe innert kurzer Zeit um ein Mehrfaches gestiegen. Grundlage dieser Rohstoffkrise ist, dass diese Rohstoffe weltweit knapper werden. Nach Ansicht vieler Experten ist der "Peak of Oil", der Zeitpunkt der maximalen Fördermenge neuen Erdöls, in einigen Ländern bereits überschritten und weltweit in naher Zukunft erreicht. Auch andere wichtige Rohstoffe werden knapp oder ihr Verbrauch sollte - wie bei der Kohle - aus Gründen des Umweltschutzes eingeschränkt werden.

Die bisherige Ausbeutung der Natur hat auch klimatische Folgen, deren bedrohliches Ausmass nicht mehr zu verheimlichen ist. Dazu kommt, dass es wegen der ungerechten Strukturen des Welthandels auch zu einer Krise der Nahrungsmittelproduktion gekommen ist, welche die Zukunft eines wesentlichen Teils der Weltbevölkerung gefährdet. In einigen Ländern kam es schon zu Hungerrevolten.

Die Karten werden neu gemischt

Dies alles vollzieht sich auf dem Hintergrund eines tiefgreifenden Wandels in der globalen Machtverteilung. Auch Grossmächte erleben Perioden des Aufstiegs und des Niedergangs. Aber diese haben sich in früheren Jahrhunderten über lange Zeiträume entwickelt. Im 20. Jahrhundert, angetrieben durch zwei Weltkriege, haben sich innert weniger Jahrzehnte tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Nach dem Ersten Weltkrieg gingen mehrere absolutistisch regierte Kaiserreiche unter und nach dem Zweiten Weltkrieg entstand das bipolare System der zwei Weltmächte USA und Sowjetunion mit dem Kalten Krieg zwischen ihnen und ihren Verbündeten.

Wenn nach 1989 viele glaubten, damit sei die Vorherrschaft Amerikas als einziger globaler Macht gesichert, so sehen wir heute, dass auch diese Vorherrschaft letztlich die Kräfte eines einzelnen Landes übersteigt und ein Abstieg unvermeidlich ist. Die konservative Ära Bush hat diesen Abstieg nur beschleunigt und die Krise einer Wirtschaft, die auf einer unglaublichen Verschuldung aufgebaut wurde, besiegelt ihn nun offensichtlich.

Die Welt von morgen wird zweifellos anders aussehen als die heutige. Sie wird ein neues globales Machtgleichgewicht hervorbringen, an dem neben den Grossmächten des 20. Jahrhunderts auch die asiatischen Mächte China, Japan und Indien ihren Anteil fordern. Auch Europa hat, nach Jahrhunderten blutiger Kriege, eine neue Rolle als regionale Wirtschaftsmacht angenommen.

Die realen Bedürfnisse ins Zentrum rücken

Das Ausmass der globalen Krisen, die alle gleichzeitig nach Lösungen verlangen, ist dramatisch. Sie sind im Rahmen der bisherigen, ungerechten Weltwirtschaftsordnung nicht rechtzeitig lösbar. Gefordert ist nicht weniger als eine neue Weltwirtschaftsordnung, welche sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen und ihrer Umwelt orientiert.

Die Welt braucht dringend eine neue Weltwirtschaftsordnung, die nicht nur einen Interessenausgleich zwischen den grossen Mächten, sondern auch zwischen diesen und den zwei Dritteln der armen und hungernden Weltbevölkerung schaffen muss. Und dies alles bei einem Wirtschaftskuchen, der wegen der endlichen Ressourcen und wegen den Grenzen der Oekologie nicht mehr im gleichen Masse wachsen kann.

Das schliesst nicht aus, dass es nicht auch in Zukunft neue "lange Wellen" des Aufschwungs geben kann. Aber diese werden nicht mehr wie bisher auf der Ausbeutung der Natur und unterprivilegierten Menschenmassen in den armen Ländern beruhen können. Die Wachstumsreserven der Zukunft liegen primär in den vom Kapital und vom Neoliberalismus so sträflich vernachlässigten "weichen" sozialen und ökologischen Faktoren.

Im Grunde wissen wir schon lange, was not tut: Entwicklung statt Rüstung; Schutz der natürlichen Umwelt; Löhne und Sozialbedingungen, die es den Menschen ermöglichen, ihre Grundbedürfnisse an Wohnung, Nahrung und Gesundheit selber zu decken. Die "reale Wirtschaft", die auf realen Leistungen und nicht auf spekulativen Gewinnen beruht, muss entwickelt werden. Der Finanzsektor hat nur soweit eine Existenzberechtigung, als er diese Wirtschaft fördert, statt sie durch spekulative Operationen auszubluten.

Nur ein Wirtschaftssystem, das sich der nicht befriedigten Grundbedürfnisse aller Menschen annimmt, kann eine nachhaltige Entwicklung für alle schaffen. Und dafür braucht es radikale Reformen der Machtverhältnisse - überall, im lokalen wie im globalen Rahmen.

Karl Aeschbach

Der vorstehende Artikel erschien am 23. Oktober 2008 in der Wochenzeitung P.S. Wir geben ihn hier wieder, weil er auf die langfristigen Perspektiven der gegenwärtigen Krise(n) eingeht.

Wir empfehlen allen unseren Leser/innen, die das P.S. noch nicht abonniert haben, diese linke Wochenzeitung ihrer Aufmerksamkeit. Hier sind immer wieder interessante Artikel zu finden, die es in anderen Medien nicht zu lesen gibt!.

Verlag P.S., Langstr. 64, 8004 Zürich, Tel. 044 240 44 25, Jahresabonnement 150 Franken